

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

6.1	Bebauungsplan -Winterhude 73 (City Nord- Überseering 12) Hier: Erlass einer Veränderungssperre Drucksache: 20-4811	zur Kenntnis genommen
------------	---	-----------------------

Sachverhalt:

Für die Flurstücke 1675 und 1676 (Überseering 12) liegen Bauabsichten vor. Das geplante Gebäude würde per se eine erhebliche Beeinträchtigung und Störung des Denkmals Überseering 12 und des Denkmalensembles City Nord darstellen.

Das Grundstück, für das konkrete Verkaufsabsichten bestehen, befindet sich im Plangebiet des geltenden Bebauungsplans Winterhude 7

Der Bezirksamtsleiter hat mit dem Aufstellungsbeschluss N 5/17. vom 18. August 2017 (Amtlicher Anzeiger Seite 1455) die Einleitung des Bebauungsplans Winterhude 73 beschlossen.

Kennzeichen des Denkmalensembles City Nord, dieser ‚Bürostadt im Grünen‘, ist eine aufgelockerte Bebauung aus großdimensionierten Verwaltungsbauten als Solitärbauten inmitten einer begrünnten Anlage. Eine ergänzende Bebauung neben dem Vattenfall-Gebäude wäre deshalb eine Beeinträchtigung des gesamten Ensembles.

Ziel des Bebauungsplans Winterhude 73 ist u. a. eine andere mit dem Denkmalschutz besser vereinbare Verteilung der Baumassen. Eine Bebauung im Bereich der nordwestlichen Außenanlagen des Gebäudes würde in mehrfacher Hinsicht eine erhebliche Störung und Unverträglichkeit darstellen.

Ziel des geplanten Bebauungsplanverfahrens Winterhude 73 ist vorrangig die Sicherung der Bürofunktionen im Gebäudebestand auf den Flurstücken 1675 und 1676 (Überseering 12) und auf den Flurstücken 1656, 1660, 1661 und 1659 (Überseering 10 und 10 a). Als Art der Nutzung wird ein gegliedertes Kerngebiet vorgesehen, welches neben Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude sowie Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen auch Betriebe des Beherbergungsgewerbes sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche und sportliche Zwecke zulässt.

Das geplante Bauvorhaben widerspricht diesem Planungsziel. Da das eingeleitete Bebauungsplanänderungsverfahren nicht kurzfristig abgeschlossen werden kann, ist der Erlass einer Veränderungssperre zur Sicherung des Planungsziels erforderlich.

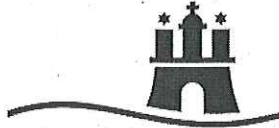
In der Anlage befindet sich der Entwurf der Verordnung über die Veränderungssperre Winterhude 73 sowie die ausführliche Begründung.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss wird gebeten, die Verordnung über die Veränderungssperre Winterhude 73 zur Kenntnis zu nehmen und der Bezirksversammlung die Zustimmung zu empfehlen.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.1	Städtebauliche Erhaltungsverordnung nach § 172 (1) Satz 1 Nummer 1 BauGB in Barmbek-Nord Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses Drucksache: 20-4779	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 07.09.17 mit o.g. Thematik befasst und das Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis genommen. Anschließend wurde einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Der Hauptausschuss stimmt der Feststellung der städtebaulichen Erhaltungsverordnung nach § 172 (1) Satz 1 Nummer 1 BauBG Barmbek-Nord zu.

Historie

25.07.2016 Grobabstimmung
08.09.2016 StekA Aufstellungsinformation
13.09.2016 Aufstellungsbeschluss
20.09.2016 Amtl. Anzeiger Aufstellung
02.05.2017 - 02.06.2017 TöB-Beteiligung

Zum Entwurf der städtebaulichen Erhaltungsverordnung Barmbek-Nord sind im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sieben Stellungnahmen (s. Anlage) fristgerecht eingegangen.

Den eingegangenen Korrekturhinweisen zur Gebietsabgrenzung in Karte und Text (Ifd. Nr. 01, 02 und 04) wurde gefolgt. Die Anregung der Abteilung Stadtgrün (N/MR 310; Ifd. Nr. 06) bezüglich der Nennung typischer Gehölzarten und Heckenhöhen wurde unter Hinzuziehung der Gartendenkmalpflege der BUE geprüft. Der BUE lagen jedoch diesbezüglich keine Informationen vor. Der Hinweis des LIG (Ifd. Nr. 04), Flurstück 6192 sei aktuell vermietet, hat auf die Inhalte der Erhaltungsverordnung keinen Einfluss. Darüber hinaus gingen keine weiteren Bedenken oder Anregungen ein, welche Textänderungen der Verordnung oder der Begründung nach sich ziehen.

Weiteres Verfahren:

Auf einen Arbeitskreis konnte daraufhin verzichtet werden. Sämtliche Träger öffentlicher Belange und betroffene Dienststellen wurden mit Schreiben vom 07.07.2017 darüber informiert.

Damit ist die behördeninterne Abstimmung / Abwägung des Entwurfs der städtebaulichen Erhaltungsverordnung abgeschlossen.

Eine öffentliche Auslegung soll nicht durchgeführt werden, da diese für eigenständige Erhaltungsverordnungen nicht erforderlich ist.

Weitere Erläuterungen können in der Sitzung gegeben werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.2	Öffentlich geförderte Wohnungen auch für Fuhlsbüttel/Langenhorn Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses Drucksache: 20-4780	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 07.09.2017 mit o.g. Thematik befasst und auf Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

❖ Die vertragliche Gestaltung zwischen der Stadt Hamburg und dem Investor soll in jedem Fall der Aussage der Drs. 21/1838 entsprechen, die in Aussicht stellt, dass die Wohnungen, die als Folgeunterkünfte erstellt werden, im Anschluss den Wohnungsmarkt mit öffentlich geförderten Wohnungen entlasten.

❖ Sollte es vertraglich nicht möglich sein, den Investor im Anschluss an die Vermietung an f & w für weitere 15 Jahre zu verpflichten, geförderten Wohnungsbau im 1. Förderweg zur Verfügung zu stellen, wird der Bezirksamtsleiter gebeten, sich dafür einzusetzen, dass weitere Optionen geprüft werden, um Mieten im Sinne des 1. Förderweges an dem Standort für den Zeitraum von 15 Jahren zu gewährleisten.

Begründung:

Es handelt sich hier um ein städtisches Grundstück, das veräußert wird. Es muss zwingend dafür Sorge getragen werden, dass auch hier öffentlich geförderter Wohnraum entsteht, bzw. die künftigen Mieten denen im 1. Förderweg entsprechen. Die Tatsache, dass die Wohnungen zunächst an f & w vermietet werden, darf das künftige Mietenniveau nicht in die Höhe treiben!

Trotz anderslautender Zusagen (siehe Drucksache 21/1838, Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen) und auch anderslautender Äußerungen, sollen die Wohnungen, die im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Fuhlsbüttel 23/ Langenhorn 83 entstehen werden, im Anschluss an die Nutzung für die öffentliche Unterbringung doch nicht dem Wohnungsmarkt als öffentlich geförderte Wohnungen zur Verfügung stehen.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.3	Barrierefrei durch Hamburg-Nord (Hardorffsweg) Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4786	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 11.09.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der Gruppe FDP befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, für eine zügige Absenkung der Bordsteine an den Einmündungen des Morgensternweges, des Vollmersweges und des Fritz-Neubers-Weges in den Hardorffsweg zu sorgen.“

Begründung:

Die Bordsteine an den Einmündungen des Morgensternweges, des Vollmersweges und des Fritz-Neubers-Weges in den Hardorffsweg in Barmbek-Nord sind nicht abgesenkt. Dies stellt eine erhebliche Mobilitätseinschränkung für Menschen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind sowie für Eltern mit Kinderwagen dar. Insbesondere auf dem Weg zur Fuhsbüttler Straße müssen entsprechende Bewohner der genannten Straßen unnötige Umwege in Kauf nehmen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.4	Sichtbares "Einfahrt verboten" am Biedermannplatz ungeändert beschlossen - Falsches und gefährliches Abbiegen vermeiden Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4787
------------	---

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 11.09.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Herr Bezirksamtsleiter wird gebeten, verkehrspolizeilich prüfen zu lassen, ob auf der Weidestraße in Höhe der Kreuzung Biedermannplatz - Elsastraße kurz vor den Ampeln, jeweils nach Fahrtrichtung, Verkehrsschilder aufgestellt werden können, die als vorgeschriebene Fahrtrichtung nur das Geradeausfahren und das jeweils richtige Abbiegen (halt von Winterhude kommend nur nach rechts, von Dehnhaide kommend nur nach links) zulassen und darauf deutlich hinweisen.“

Begründung:

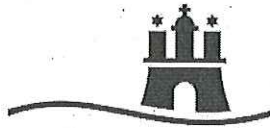
Die Weidestraße in Barmbek-Süd, verbindet den Barmbeker Markt in Höhe des U-Bahnhofs Dehnhaide mit der in Winterhude gelegenen Kreuzung Herderstraße - Hans-Henny-Jahn-Weg - Barmbeker Straße und ist damit eine besonders für den Berufsverkehr entscheidende und stark befahrene Straße in Hamburg-Nord. An vielen Stellen der Straße grenzen dicht besiedelte Wohngegenden, die durch die Weidestraße kreuzenden Straßen erreicht werden können. Der Biedermannplatz, der nördlich neben der Weidestraße, ungefähr mittig west-ost in ihr liegt, beinhaltet zwei Straßenzüge - jeweils mit geraden und ungeraden Hausnummern - die durch den eigentlichen Park geteilt werden.

Der Straßenzug mit den geraden Hausnummern startet an der Kreuzung Elsastraße und Weidestraße und ist dort als "Einfahrt verboten" - somit als das andere Ende einer Einbahnstraße - gekennzeichnet. Leider ist das Schild von der Weidestraße aus, und zwar von beiden Richtungen, nicht immer gut einsehbar, so dass es immer wieder zu Versuchen in die Straße "Biedermannplatz" einzubiegen, kommt. Möglicherweise handelt es sich hier auch um Fahrerinnen und Fahrer, die die dort stehenden Flaschen- und Altpapiercontainer ansteuern wollen, dabei eventuell etwas abgelenkt sind, und das wichtige Schild "Einfahrt verboten" übersehen.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.5	Das Quartier Dehnhaide braucht weiterhin Post- und Postbankdienstleistungen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4790	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 11.09.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages der Fraktionen SPD, GRÜNE, CDU DIE LINKE sowie der Gruppen FDP und Piraten befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Regionalausschuss stellt fest und fordert:

1. Die Filiale der Postbank in der Volksdorfer Straße 5 bietet für das Quartier zwischen Dehnhaide und Hamburger Straße ein unverzichtbares Paket an Post- und Postbankdienstleistungen an, das unbedingt ortsnah erhalten bleiben muss.
2. Sollte die Schließung dieses gut frequentierten Standorts nicht mehr abzuwenden sein, fordert der Ausschuss Postbank und Deutsche Post DHL Group dringend auf, alles zu tun, um spätestens bis zum Schließungstermin des bisherigen Standorts in nächster Umgebung ein Alternativangebot bereitzustellen.
3. Der Bezirksamtsleiter wird für diesen Fall gebeten, die Suche nach geeigneten Flächen/Betreibern nach Kräften zu unterstützen.
4. Der Ausschuss lädt zu seiner Sitzung am 9. Oktober 2017 Anja Renziehausen, die Politikbeauftragte der Deutsche Post DHL Group, zu seiner Sitzung ein, um sich über deren Pläne sowie den Stand der Dinge auszutauschen.“

Begründung:

Im Juni 2017 wurde bekannt, dass die Filiale der Postbank in der Volksdorfer Straße, bei der Deutsche Post DHL Group Untermieter sind, zu Ende November geschlossen werden soll. Ob eine Partnerfiliale mit zumindest einem Basis-Serviceangebot im Quartier eingerichtet werden wird, steht bis heute nicht fest.

Seit Bekanntwerden der bevorstehenden Schließung setzen sich der Stadtteilrat Barmbek-Süd sowie viele Anwohnerinnen und Anwohner dafür ein, dass im Quartier zwischen Dehnhaide und Hamburger Straße auch weiterhin fußläufig Post- und Postbankdienstleistungen in Anspruch genommen werden können. Es wurden nach Angaben des Stadtteilrates inzwischen schon fast 2.000 Unterschriften gegen die Schließung bzw. für den Erhalt ortsnaher Dienstleistungen gesammelt. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie beispielsweise einen Demonstrationzug (s. Foto) hat der Stadtteilrat zudem auf die Problematik aufmerksam gemacht und viel Zuspruch erhalten.

Die nächsten Postfilialen befinden sich in der Hellbrookstraße (Barmbek-Nord) und im Einkaufszentrum Hamburger Meile. Die Entfernung zum Standort in Barmbek-Nord beträgt zu Fuß zwei Kilometer (gemessen von der jetzigen Filiale) – das ist insbesondere für weniger mobile Menschen eine sehr große Distanz. Die Filiale im Einkaufszentrum liegt zwar theoretisch nicht weit. Da das EKZ aber kaum zum Stadtteil hin geöffnet und zudem durch die vielspurige Hamburger Straße bzw. Oberaltenallee getrennt ist, stellt sie ebenso wenig einen adäquaten Ersatz für die wegfallende Filiale dar wie die zu weit entfernte Filiale in der Hellbrookstraße.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.6	Verbesserung der Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern am Isekai Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4821	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 18.09.2017 mit o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Verwaltung wird gebeten dem RegA EWi - zeitnah - Lösungsmöglichkeiten (mit Planskizze) für die Verbesserung der Abstellmöglichkeit von Fahrrädern am Isekai vorzustellen, wenn möglich unter Beibehaltung der Pkw-Stellplätze. Zu dieser Vorstellung sollen Vertreter der ansässigen Sportvereine eingeladen werden.“

Begründung:

Der Isekai in Eppendorf stellt sich als kleines Wassersportzentrum dar. Dort finden sich drei Sportvereine, zwei Bootsvermieter und die Universität die ihren Mitgliedern, Studenten und Interessierten die Möglichkeit bieten dort Wassersport zu treiben.

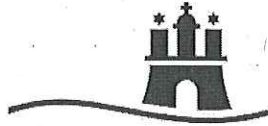
Viele der Sportbegeisterten kommen erfreulicherweise mit dem Fahrrad an den Isekai. Unerfreulicherweise gibt es eine außerordentlich große Lücke zwischen den dort angebotenen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und den tatsächlich benötigten Abstellmöglichkeiten.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.7	Stolperfälle am Marie-Jonas-Platz Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4819	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 18.09.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Verwaltung wird gebeten, die Sinnhaftigkeit dieses Pollers zu überprüfen und das Ergebnis dem Ausschuss mitzuteilen.“

Begründung:

Im Rahmen des Abrisses des Gebäudes C&A und Fällung der Japanischen Kirschbäume wurde über die zukünftige Gestaltung des „Eppendorfer Platzes“ nachgedacht. In diesem Zusammenhang sind auf der südlichen Seite der Kümmellstraße Kleinpflasterungen und quadratische Poller (siehe Foto) als Gestaltungselement entstanden.

Im weiteren Verlauf der Platzgestaltung (jetzt „Marie-Jonas-Platz“) wurde auf die Fortsetzung der Gestaltungselemente auf dem eigentlichen Platz (ehem. Parkplatz von Karstadt) verzichtet.

Eines dieser Poller Elemente befindet sich direkt an der ampelgesteuerten Fußgängerquerung (siehe Foto) und war immer wieder Gesprächsthema mit Bürgern, die das Element – insbes. auch bei ungünstigen Sonnenlichtverhältnissen – als Stolperfälle erlebten.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.8	Aufwertung des Switch-Point Goernestraße durch Ladestation für E-Autos Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4820	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 18.09.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Verwaltung wird gebeten die sinnvolle Einrichtung des Switch-Points an der Goernestraße mit einer E-Lade-Station noch weiter aufzuwerten.“

Begründung:

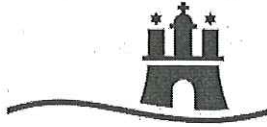
An der U-Bahn Station Kellinghusenstraße, in der Goernestraße wurde vor einiger Zeit ein Switch-Point eingerichtet. Der Standort würde sich auch für die Installation einer Ladestation für E-Fahrzeuge eignen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.9	Wohngebiet Faaßweg mit 30 km beruhigter Zone Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4822	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 18.09.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Schreibens eines Bürgers befasst und einstimmig die nachfolgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

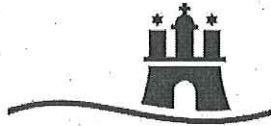
„Die Polizei wird gebeten, im Faaßweg zwischen Kellinghusenstraße und Heilwigstraße Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen und sich darüber Gedanken zu machen, ob ein Einfahrtsverbot und damit den Faaßweg zur Einbahnstraße in Richtung Kellinghusenstraße zu machen, eine beruhigende Variante darstellt.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.10	Projektmittel der Stadtteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4825	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 19.09.2017 mit Anträgen auf Projektmittel befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-4795

Antragsteller/in: Seiteneinsteiger e.V.
Projekt: Lesefest „Seiteneinsteiger“ – Lesungen in Hamburg-Nord
Höhe der Förderung: 900,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-4796

Antragsteller/in: Schmetterlingswerkstatt
Projekt: „Komm und schau... ich zeig dir was“
Höhe der Förderung: 6.700,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. Drucksache 20-4797

Antragsteller/in: Epiphaniienkirche Hamburg-Winterhude
Projekt: „Spiel Zigeunistan“
Höhe der Förderung: 350,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, bei Stimmenenthaltung der DIE LINKE-Fraktion

4. Drucksache 20-4798

Antragsteller/in: Seniorenchor der Matthäuskirche Winterhude
Projekt: Weihnachtskonzert Seniorenchor
Höhe der Förderung: 1.100,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen, bei Nein-Stimmen der DIE LINKE-Fraktion

5. Drucksache 20-4799

Antragsteller/in: Nysa Kultur, Maximilian Ponader
Projekt: Der Sturm nach W.A. Shakespeare
Höhe der Förderung: 2.500,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:

Punkte 1,2 und 5 werden einstimmig beschlossen.

Punkt 3 wird einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Punkt 4 wird mehrheitlich beschlossen bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.11	Erhalt und Aufwertung von Gewerbegrundstücken ungeändert beschlossen hier: Plangebiet Alsterdorf 8 Beschlussempfehlung des Ausschusses Wirtschaft und Arbeit Drucksache: 20-4829
------	---

Sachverhalt:

Der Ausschuss Wirtschaft und Arbeit hat sich in seiner Sitzung am 20.09.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grünen-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Die Verwaltung wird gebeten, zur Ausschusssitzung im November die bisher vom Stadtentwicklungsausschuss zum Plangebiet Alsterdorf 8 bzw. dem Grundstück Alsterdorfer Str. 254/Ecke Carl-Cohn-Straße erarbeiteten Unterlagen und Informationen vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, für die Ausschusssitzung im Januar einen Ortstermin mit sachkundigen Gewerbetreibenden aus dem Plangebiet zu organisieren. Die Ausschussmitglieder können sich so ein Bild der Sachlage vor Ort machen, um weitere Schritte zur Erarbeitung eines Konzeptes für das Gebiet einzuleiten. Dazu sollen auch die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses eingeladen werden.

Begründung:

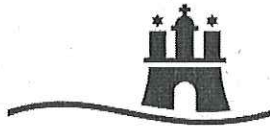
Durch den zunehmenden Druck auf dem Wohnungsmarkt kommt es immer wieder zu Anfragen von Investoren, die sich darum bemühen, auf den im Bezirk ausgewiesenen Gewerbeflächen Wohnungsbau zu ermöglichen. Da diese Flächen im Bezirk immer knapper werden, sollte der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, bei aller Bedeutung des Wohnungsbaus, darauf hinwirken, Gewerbeflächen zu erhalten und so auf die Planungen Einfluss zu nehmen, dass sie für die Wirtschaft attraktiv bleiben. Dies dient nicht zuletzt dazu, wohnortnahe Arbeitsplätze zu erhalten oder zu fördern sowie eine gute Nahversorgung in den Quartieren sicherzustellen.

Der Ausschuss sollte sich dringend mit dem Plangebiet Alsterdorf 8 und dabei besonders dem Grundstück Alsterdorfer Str. 254/Ecke Carl-Cohn-Straße befassen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.12	Antrag für mehr Parkraum in der Jarrestadt Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4828	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung mit dem o.g. Thema auf Grundlage der in der Anlage befindlichen Drucksache befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Regionalausschuss bittet um die Benennung eines Referenten der Polizei, der zu den am 18.09.2017 aufgeworfenen Fragen im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses Stellung beziehen kann.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.13	Quartiersfonds 2017 Mittel für Umzug und Neuausrichtung des Grünen Saals; Finanzierung der ersten 12 Monate für den neuen Standort in einem Ladenlokal auf einem Bahnsteig des Ohlsdorfer Bahnhofs Beantragter Zeitraum: 01.10.2017 bis 31.12.2018 Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4826	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 19.09.2017 mit dem o.g. Thema befasst und bei Stimmenthaltung der DIE LINKE-Fraktion einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Ausschuss folgt der Empfehlung der Verwaltung und lehnt den Antrag ab.“

Hintergrund:

Der im Jahr 1992 eröffnete kommunale Saal, seit 2001 bekannt unter dem Namen „Grüner Saal“, war bis zur Kündigung der Räume durch die Bäderland Hamburg GmbH Treffpunkt und

Zuhause für zahlreiche Initiativen und Vereine. Um die Räumlichkeiten nutzen zu können, finanziert sich der Verein Grüner Saal e.V. durch die Vermietung des Saals an Wochenenden. Mit der durch den Umbau des Schwimmbads Ohlsdorf bedingten Kündigung der Räume wurde dem Verein der Vereinszweck und die Finanzierungsbasis entzogen. Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat am 26.07.2016 in einer Beschlussempfehlung den Bezirksamtsleiter gebeten, „dafür Sorge zu tragen, dass mit Auslaufen des Mietvertrages eine alternative Räumlichkeit für Grüner Saal e.V. zur entsprechenden Nutzung gefunden wird.“ Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird von der HHA ein Ladenlokal angeboten. Die Räumlichkeiten liegen direkt auf dem Bahnsteig der Linie U1 im Ohlsdorfer Bahnhof. Vereinsmitglieder erhalten eine schriftliche Erlaubnis für das Betreten des Bahnsteiges, Nutzer ohne Fahrausweis müssten eine Betretungskarte für 0,30 Euro kaufen.

Lt. Lageplan stehen ca. 14,5 m² Nutzungsfläche zzgl. Sanitärraum zur Verfügung. Aufgrund der geringen Nutzungsfläche ist es sehr fraglich, ob die im Antrag aufgeführten Vorhaben durchgeführt werden können. Die Idee, die Räumlichkeiten des Vereins für vielfältige Nutzungen aus dem Stadtteil zu öffnen ist an dieser Stelle nur schwer vorstellbar. Der Laden liegt versteckt auf dem Bahnsteig und für das Erreichen ist zusätzlich die o.g. Betretungskarte notwendig. Allein die geringe Fläche lässt keine größeren Gruppen und Treffen zu, die aber Bestandteil einer vielfältigen Nutzung sein müssten.

Gruppentreffen könnten nur in sehr kleinem Umfang stattfinden, was gleichzeitig die Möglichkeit durch solche Vermietungen Einnahmen zu generieren begrenzt. Vermietungen für private Feiern dürften aufgrund der Lage und der Größe gänzlich ausgeschlossen sein. Es ist daher davon auszugehen, dass Eigeneinnahmen nur in sehr geringem Umfang möglich sind.

Für die Maßnahme werden für den Zeitraum vom 01.10.2017 bis 31.12.2018 Ausgaben in Höhe von 9.075,000 € (Betriebskosten 7.575,00 €, Sachkosten 1.500,00 €) angesetzt.

Die Miete beläuft sich im Monat auf 505,00 € einschließlich Betriebskosten, eine Maklercourtage fällt nicht an. Aus Eigenmitteln stehen 3.075,00 € zur Verfügung. Beantragt wird eine Finanzierung aus dem Quartiersfonds in Höhe von 6.000,00 €.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich der Eigenanteil durch erhöhte Einnahmen absehbar verringern wird. Von daher bleibt eine Finanzierungslücke, bei der zu befürchten ist, dass der Verein weiterhin Anträge auf deren Finanzierung stellen wird. Eine Perspektive ist nicht erkennbar.

Das Bezirksamt empfiehlt den Antrag abzulehnen.

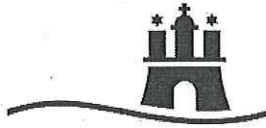
Der Standort ermöglicht nach Einschätzung des Bezirksamtes weder das inhaltlich beschriebene Angebot für den Stadtteil, noch bietet er eine realistische Perspektive für eine ausgeglichene Finanzierung ohne Unterstützung durch bezirkliche Finanzmittel.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.14	Das StadtRAD gehört nach Groß Borstel – geeignete Flächen finden! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-4840	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 25.09.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grünen-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Der Bezirksamtsleiter prüft geeignete Flächen für StadtRAD-Stationen in Groß Borstel gemäß Drs. 20-4607. Für den Fall, dass keine leicht verfügbaren Flächen gefunden werden können, sollen auch bislang anderweitig genutzte Flächen in Erwägung gezogen werden. Sollte dennoch für einen der vorgeschlagenen Standorte keine Fläche gefunden werden, so werden die Gründe dafür dem zuständigen Regionalausschuss vorgestellt.

Dies soll so rechtzeitig geschehen, dass nach der Ausschussberatung noch die Möglichkeit besteht, entsprechende konkrete Standorte für Stationen zur nächsten Erweiterungsrunde nach der Neuausschreibung des Betriebs des StadtRAD-Systems zu melden.

Begründung:

In Drs. 20-4690 erläutert die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI), dass der Stadtteil Groß Borstel „ausreichend Potenzial“ für StadtRAD-Stationen habe. Gerade auch eine Firmenkooperation für eine Station im Bereich Weg beim Jäger / Sportallee wird als sinnvoll eingeschätzt. In Jahr 2015 habe man bereits versucht, im zentralen Groß Borstel eine StadtRAD-Station zu platzieren, es konnten jedoch keine geeigneten Flächen identifiziert werden.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Anlage/n:

Drs. 20-4690

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.15	Verkehrliche Erschließung Aldi (Langenhorner Chaussee 579) Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-4838	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seinen Sitzungen am 04.09.2017 und 25.09.2017 mit o.g. Thematik befasst und die Planungen zur Kenntnis genommen. Aufbauend auf den präsentierten Planungen wurde am 25.09.2017 einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Die Bezirksverwaltung wird gebeten zu prüfen, ob im Bereich des geplanten vorgezogenen Seitenraumes im Kreuzungsbereich Käkenkamp / Tückobsmoor eine Aufpflasterung geschaffen werden könne, um querenden Fußgängern ein sichereres Passieren der Fahrbahn zu ermöglichen.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Anlage/n:

Straßenbaulageplan

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 26.09.2017

Öffentlich

7.16	Eberhofweg und Reekamp – Einmal schneiden, bitte! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-4839	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 25.09.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages sowie der FDP-Gruppe befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Die Bezirksverwaltung wird gebeten, gemeinsam mit der Polizei zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um das Sicherheitsgefühl auf dem nördlichen Gehweg im westlichen Eberhofweg zwischen Reekamp und Schulparkplatz, sowie den Gehwegen im Reekamp zwischen Eichenknick und Wördenmoorweg zu steigern und deren Benutzbarkeit – auch und gerade bei Dunkelheit – attraktiver zu machen.

Begründung:

Langenhorn ist ein grüner Stadtteil mit vielen Straßenbäumen, Buschwerk und Knicks im öffentlichen Raum.

Dies prägt die Atmosphäre und hat einen positiven Effekt auf die Lebensbedingungen von Mensch und Natur. Knicks oder Büsche zwischen Fahrbahn und Gehweg spielen oft auch eine wichtige Rolle bei der Schulwegsicherung.

Das öffentliche Grün wird durch die Stadt und den Bezirk regelmäßig gepflegt und, wenn notwendig, zurückgeschnitten. Dennoch gibt es an einigen Stellen durch den dichten und laubreichen Bewuchs Einschränkungen im subjektiven Sicherheitsempfinden von Fußgängerinnen und Fußgängern, insbesondere bei Dunkelheit.

Dies ist derzeit im westlichen Eberhofweg auf dem nördlichen Gehwegabschnitt zwischen Reekamp und Schulparkplatz sowie im Reekamp auf beiden Gehwegen zwischen Eichenknick und Wördenmoorweg der Fall.

Im Eberhofweg gibt es zwar extra Leuchten für den Gehweg, das Grün zwischen Fahrbahn und Gehweg ist allerdings sehr dicht gewachsen, so das kaum Sichtbeziehungen in die

Umgebung möglich sind. Ein Gefühl von Abschottung und Unsicherheit kann hier die Folge sein.

Beim Reekamp sorgt das Buschwerk für eine mangelhafte Gehwegbreite auf der westlichen und für schlechte Sicht durch massive Verschattung auf der östlichen Seite, weil hier -anders als im Eberhofweg- die Straßenlaternen die einzige Lichtquelle für den Gehweg darstellen.

Petitur/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.